

Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage Zukunftsprogramm Pflanzenschutz

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) bedankt sich für die Möglichkeit, gegenüber dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zum geplanten Zukunftsprogramm Pflanzenschutz Stellung nehmen zu dürfen.

Generelle Einschätzung

Wir begrüßen, dass sich das BMEL zum Pestizidreduktionsziel von 50 Prozent bis 2030 bekennt. Die im Programm erwähnten Ziele sind absolut unterstützenswert. Auch der Dreiklang: Pestizide ambitioniert zu reduzieren, Biodiversität in Schutzgebieten auszugestalten und Rückzugsräume für Artenvielfalt in Agrarlandschaften zu schaffen, ist richtig und zielführend. Die sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft ist die Grundlage für den Schutz von Klima, Biodiversität und Ressourcen. Gleichzeitig werden so gesunde Lebensmittel für Verbraucher*innen produziert und Landwirt*innen in ihrer Existenz gesichert. Der BUND unterstützt ausdrücklich einen Paradigmenwechsel im Umgang mit chemisch-synthetischen Pestiziden.

Wichtige Maßnahmenfelder sind dann auch folgerichtig formuliert, z.B. IPM stärken, Ausbau Ökolandwirtschaft, Refugialflächenansatz sowie Glyphosatverzicht.

Allerdings wird aus der Strategie nicht klar, welche konkreten Maßnahmen, messbare Ziele und Zeitpläne folgen sollen. Für die Evaluierung und Erfolgsmessung des Zukunftsprogramms sollte zudem der angenommene Beitrag der einzelnen Punkte zur Pestizidreduktion benannt werden. Wir bedauern, dass das Zukunftsprogramm somit eine Aufzählung von Stichpunkten auf einer To-Do Liste bleibt, die in die Zukunft verschoben wird.

Aus unserer Sicht kann es mit dem vorgelegten Programm kaum gelingen, die Ziele, die das BMEL selbst formuliert hat, auch nur annähernd zu erreichen. Das Programm besteht aus groben Absichtserklärungen und Prüfvorhaben. Es ist damit eine verpasste Chance zur Konkretisierung. Stattdessen wären greifbare Maßnahmen und ausgearbeitete Vorschläge wie die Einführung bereits funktionierender Instrumente und das Aufsetzen von entsprechenden Förderprogrammen wichtig. Es steht zu befürchten, dass mit einem solchen Programm keine ambitionierte Pestizidreduktion erreicht wird.

Stellungnahme zu Einzelpunkten

Viele Themen und Ideen zur Pestizidreduktion sind längst bekannt, zum Teil im Koalitionsvertrag aufgelistet und hätten in dieser Legislaturperiode bereits konkretisiert werden können, zum Beispiel:

- Schutzgebiete
Im Dreiklang, der zur Zielerreichung dienen soll, wird benannt, dass Biodiversitätsschutz in Schutzgebieten wirksam ausgestaltet werden soll. Bei den Maßnahme-Feldern fehlen die Schutzgebiete jedoch komplett. Gerade hier besteht

jedoch dringender Handlungsbedarf, denn Deutschland liegt bei der Erfüllung der FFH-Richtlinie weit hinter den EU-Zielen zurück. Es wäre also nötig, dass für Schutzgebiete wirksame Maßnahmen, wie ein Verbot von chemisch-synthetischen Wirkstoffen, benannt werden.

- Integrierten Pflanzenschutz stärken
IPM ist seit 2014 gesetzlich. Im Sonderbericht 2020 des Europäischen Rechnungshofs über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln wurde festgestellt, dass es nur begrenzte Fortschritte bei der Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes gibt. Aus Sicht des BUND existiert also kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsdefizit.
Folgende Fragen sind aus unserer Sicht bedeutsam und sollten angegangen werden: Was hält die Landwirt*innen davon ab, agrarökologische Maßnahmen umzusetzen? Wie können die Hürden ausgeräumt werden? Welche Anreizsysteme sollten entwickelt werden, wie kann das finanziert werden? Auf diese zentralen Fragen gibt das Zukunftsprogramm keine Antworten.

Wir möchten hier vorschlagen, klare Vorgaben für die Reduktion von Pestiziden in einzelnen Kulturen wie Getreide zu machen und dies mit der Beratung und Förderung zu den vorhandenen nichtchemischen Alternativen zu kombinieren. Auch muss der Begriff „notwendiges Maß“ konkret definiert werden. Kritisch sehen wir auch die nicht weiter definierte Formulierung, dass IPM „wirtschaftlich vertretbar“ sein muss. Lange schon überfällig ist die Überarbeitung der Guten fachlichen Praxis (GfP). Notwendig sind dabei verbindliche sektorspezifische Leitlinien mit Fokus auf nichtchemische Maßnahmen. Zudem sollte über Förderungen die konsequente Anwendung nichtchemischer Alternativen erreicht werden.

- Öko-Landbau bis 2030 auf 30 Prozent ausbauen
Wichtig zur Zielerreichung wäre hier, die schon verabschiedete Ökolandbau-Strategie mit finanziellen Ressourcen zu hinterlegen.
- Verbreitung von agrarökologischen Ansätzen fördern
Die Anbausysteme müssen nicht erst entwickelt werden, denn viele Maßnahmen und systemische Ansätze sind bekannt.
Hier müsste ein Programm aufgesetzt werden, wie die bekannten Systeme stärker auf die Fläche übertragen werden können.
- Refugialflächenansatz – Schutzräume für Tiere und Pflanzen schaffen
Die Aufnahme des Refugialflächenansatzes ist positiv. Notwendig sind die konkrete Ausgestaltung und die Definition zur Lage der Flächen und der Pestizide, bei denen die Umsetzung zur Pflicht wird. Dabei ist es wichtig, die 10 Prozent Refugialfläche auf oder angrenzend zur Ackerfläche zu schaffen und nicht auf Flächen, die räumlich entfernt liegen oder sowieso schon pestizidfrei bewirtschaftet werden.
- Auf Anwendung des Totalherbizids Glyphosat verzichten
Die Beschränkungen in der Pflanzenschutzanwendungs-Verordnung reichen nicht aus, um den Glyphosateinsatz deutlich zu reduzieren. Hier möchten wir verweisen auf die BUND-Stellungnahme zum Referentenentwurf mit den dort formulierten Vorschlägen zur Verbesserung.

- **Naturgemäße Hobbygärten unterstützen**
Informationskampagnen werden bereits von zahlreichen Umweltverbänden und dem BKD (Bundesverband der Kleingartenvereine Deutschlands) durchgeführt. Solange jedoch chemisch-synthetische Pestizide für den Haus- und Kleingarten zugelassen sind, werden diese auch beworben und verkauft. Unadressiert bleibt die Problematik, dass Fehlanwendungen in Klein- und Privatgärten eher die Regel als die Ausnahme sind. Die Pestizid-Anwendungen erfolgen in dicht besiedeltem Gebiet, in unmittelbarer Nähe von Kindern, Schwangeren und Senior*innen. Es sind zahlreiche hoch gefährliche Pestizide zugelassen und werden eingesetzt, darunter auch der Substitutionskandidat Lambda-Cyhalothrin. Aus Sicht des BUND muss das BMEL zügig ein Verbot erlassen, um die Gesundheitsgefahren in diesem Bereich zu stoppen und Biodiversität zu schützen.
- **Modellregionen und Modellbetriebe weiterführen und ausbauen**
Aus der Strategie wird nicht deutlich, wie die Erkenntnisse und Erfahrungen der Modellregionen und -betriebe auf die breite Agrarfläche übertragen werden können, hier sollte nachgebessert werden.
- **Möglichkeiten und Wirkungen ökonomischer Steuerungsinstrumente ausloten**
Die Prüfung der Instrumente Pestizid-Abgabe und Lizenz-Systeme wird wertvolle Zeit in Anspruch nehmen. Während die Datenlage bei den Lizenz-Systemen sehr gering und nur theoretisch ist, kann bei der Abgabe auf konkrete positive Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zurückgegriffen werden. Wir werten den Prüfauftrag als Verzögerung. Eine Abgabe könnte neben der Reduktion von Pestiziden in Menge und Risiko auch Gelder generieren, die für die Transformation in der Landwirtschaft notwendig sind und bei vielen Punkten im Zukunftsprogramm fehlen.
- **Indikatoren-Mix**
Aus Sicht des BUND sollte der bisher favorisierte Risikoindikator HRI 1 deutlich kritisiert werden, da er eine Pestizidreduktion in Menge und Risiko nicht abbildet. Der Indikator ermöglicht weder eine Aussage zur tatsächlichen Gesamtbelastung mit Pestiziden noch zum ökologischen Risiko oder zu den Auswirkungen auf die Biodiversität in Agrar-Ökosystemen. Alternative Indikatoren wie der Toxic-Load Indicator sind etabliert und könnten das Risiko deutlich besser abbilden.

Vorschläge des BUND

Wir verweisen zusätzlich auf das Papier des BUND, das dem BMEL im August 2023 übermittelt wurde und das konkrete Vorschläge für das Pestizid-Reduktionsprogramm auflistet: [BUND-Empfehlungen zur Umsetzung einer Pestizidreduktionsstrategie in Deutschland](#)

Wir empfehlen auch die Berücksichtigung von Instrumenten wie dem kooperativen Naturschutz sowie von weiteren Maßnahmen, die gerade in der ZKL diskutiert werden.

3. Mai 2024

Kontakt/ Ansprechpartner

Corinna Hölzel, Referentin Pestizidpolitik/Team Landnutzung

E-Mail: Corinna.Hoelzel@bund.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin

Telefon: +49 30 27586-547

www.bund.net